Niederschrift Nr. 22

über die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
am Dienstag, dem 21. Januar 2025, 15:00 Uhr
im Sitzungssaal Sunderland, Ratstrakt, R 1.21, Rathaus Essen, Porscheplatz

I. Anwesende

a) Vorsitz:

Ratsherr Maas

b) Mitglieder:

CDU - Fraktion
Ratsherr Föhse
Ratsherr Hagen
Herr Thomas
Frau Thomé-Schmischke
Ratsherr Valerius

SPD - Fraktion
Ratsherr Behmenburg
Ratsfrau Brandherm
Ratsfrau Heuser
Ratsherr Schliffke

GRÜNE - Fraktion
Ratsfrau Mews
Herr Potthoff
Herr Wandtke

AfD-Fraktion
Frau Graf

DIE LINKE - Fraktion
Herr Trübenbach

fraktionslos
Frau Rode

d) Angehörige der Verwaltung:

Herr Buttler, FB 66
Frau Kathage, Büro OB
Herr Lenze, FB 61
Herr Paulukat, FB 51
Herr Roob, FB 15
Frau Wolf, FB 01-11

e) Schriftführerin:

Frau Berke

II. Es fehlen entschuldigt:

Ratsfrau Berg
Herr Bou-Malhab
Herr Romberg
Ratsfrau Rörig
Herr Schulz-Thomale
Frau El-Zein

Tagesordnung

A.	**Öffentlicher Teil**	**Drucksachen-Nr.**
1.	**Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 12.11.2024**	
2.	**Mitteilungen der Verwaltung zu bereits behandelten Eingaben**	
	2.1 Lufthygiene und Infektionsschutz in den städtischen Kindertagesstätten hier: Beantwortung offener Fragen	
3.	**Adressaten*Adressatinnen städtischer Korrespondenz - Eingabe vom 05.12.2024 -**	**0017/2025/OB**
4.	**Anregung zur Einführung eines Frauen-Nacht-Taxis - Eingabe vom 26.10.2024 -**	**0018/2025/OB**
5.	**Vermüllung des Stadtteils Altenessen - Eingabe vom 05.10.2024 -**	**1840/2024/2**
6.	**Trödelmarkt Uni Essen Alternativen - Eingabe vom 30.07.2024 -**	**0020/2025/6**
7.	**Aktionsgemeinschaft Moltkeviertel hier: Erhalt des Hauses Schinkelstr. 38 - Eingabe vom 23.10.2024 -**	**1821/2024/7**
8.	**Erweiterung und den Ausbau der Firma Gebrüder Müller GmbH - Eingabe vom 26.11.2024 -**	**1864/2024/7**
9.	**Verschiedenes**	

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Maas, eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht einberufen worden ist. **Frau Berke** erklärt stellvertretend für die zuständige Fachverwaltung, dass der Tagesordnungspunkt (TOP) 7 aufgrund eines anhängigen Klageverfahrens von der Tagesordnung (TO) abgesetzt werden sollte. **Frau Rode** bittet darum, dass die anwesende Petentin dennoch ihr Anliegen vortragen dürfe. **Ratsherr Valerius** rät aufgrund der eingelegten Rechtsmittel davon ab. Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Gegenstimmen von Frau Rode und Herrn Trübenbach den TOP 7 von der TO abzusetzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen**,** stellt der Ausschussvorsitzende das Einvernehmen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden zur vorliegenden Tagesordnung unter Berücksichtigung der Änderung fest.

A. Öffentlicher Teil

1. Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 12.11.2024

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

2. Mitteilungen der Verwaltung zu bereits behandelten Eingaben

Bericht erstattet: Herr Paulukat, FB 51, Jugendamt

2.1 Lufthygiene und Infektionsschutz in den städtischen Kindertagesstätten hier: Beantwortung offener Fragen — Anlage

Herr Trübenbach bedankt sich für die Nachbearbeitung und die nachvollziehbare Erklärung.

Ratsfrau Heuser fragt nach, ob die Petentin auch Kenntnis von dieser Stellungnahme erhalte. **Frau Berke** sagt dies zu.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt von der Stellungnahme der Verwaltung Kenntnis.

3. Adressaten*Adressatinnen städtischer Korrespondenz — 0017/2025/OB

Bericht erstattet: Frau Wolf, FB 01-11, Gleichstellungsstelle

Frau Wolf verweist im Wesentlichen auf die Vorlage und betont, dass die Verwaltung sehr bemüht sei eine wertschätzende und angemessene Ansprache zu verwenden. Sie stehe in der Verantwortung, alle Menschen gleichermaßen anzusprechen und einzubeziehen. So werde bei der Stadt Essen bereits seit vielen Jahren eine gendergerechte Sprache verwendet. Die Verwaltung nehme diese Beschwerde zum Anlass, bestehende Regelungen und Angebote bei der Adressierung, insbesondere diverser Menschen, weiterzuentwickeln. Ein Fachbereich sei bereits dazu übergegangen alle dortigen Bescheide mit der Anrede „Guten Tag“ zu formulieren. Dies könne jedoch auch als unpersönlich empfunden werden.

Herr Trübenbach fragt nach, ob jeder Fachbereich eine eigene Adressliste führe. Er halte es für sinnvoller eine gemeinsame Datenbank für die Verwaltung zu nutzen, in der alle Geschlechter eingetragen seien.

Frau Wolf teilt mit, dass es voraussichtlich schwierig, sei neben der Einwohnerdatenbank noch eine weitere Datenbank mit allen benötigten Informationen aufzubauen. Fakt sei, dass aus Datenschutzgründen nur ein begrenzter Personenkreis in der Verwaltung Zugriff auf die Einwohnerdatenbank habe. Es müssten daher andere Lösungen gefunden werden.

Herr Trübenbach erklärt, dass man gegen eine Gebühr über jede natürliche Person eine Melderegisterauskunft erhalte könne. Er verstehe daher nicht, wieso die Verwaltung aus datenschutzrechtlichen Gründen dies nicht könne.

Herr Wandtke regt an, dass bei der Anrede „Sehr geehrte bzw. Sehr geehrter“ der Vor- und Zuname angehängt werden könne. Dies halte er für eine höfliche Anrede und man könne in vielen Fällen Verwechslungen ausschließen. **Frau Wolf** weist darauf hin, dass es nicht immer möglich sei vom Vornamen auf das Geschlecht zu schließen. Für die Ausnahmen müsse daher nach einer guten Lösung gesucht werden.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Anregung zur Einführung eines Frauen-Nacht-Taxis 0018/2025/OB

Bericht erstattet: Frau Wolf, FB 01-11, Gleichstellungsstelle

Frau Wolf nimmt Bezug auf die Vorlage und erklärt, dass es unter anderem in München das Angebot gebe, Gutscheine an Frauen auszugeben, die für die Reduzierung der Kosten einer nächtlichen Taxifahrt eingesetzt werden können. Die Taxiunternehmen rechnen diese dann mit der Stadtverwaltung ab. Die Stadt Essen habe sich aus verschiedenen Gründen gegen die Einführung dieser Taxigutscheine entschieden. Man habe dabei u.a. an die Frauen gedacht, die aus beruflichen Gründen spät abends oder nachts unterwegs seien, die sich auch bei einer Subventionierung keine regulären Taxifahrten leisten könnten. Weiterhin verweise sie auf das vom Bundeskriminalamt veröffentlichte Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023“. Daraus gehe hervor, dass das Risiko für Frauen, Opfer einer Straftat zu werden, überwiegend nicht im öffentlichen Raum bestehe, sondern im eigenen Zuhause, hier gehe es um häusliche Gewalt. Außerdem führe die teilweise Kostenübernahme von nächtlichen Taxifahrten für Frauen zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Männern. Diese werden laut polizeilicher Kriminalstatistik häufiger Opfer von Straftaten als Frauen. Eine gute und kostengünstige Alternative zu einer Taxifahrt sei Bussi, ein On-Demand-Shuttle der Ruhrbahn. Bussi fahre bis weit in die Abendstunden hinein und sei im ganzen Stadtgebiet unterwegs. An über 12.000 Haltepunkten sei ein Ein- und Ausstieg möglich. Abschließend weist Frau Wolf darauf hin, dass es in einigen Städten bereits Initiativen aus der Privatwirtschaft gebe, Taxifahrten mit überwiegend weiblichen Fahrerinnen anzubieten. Die Entwicklungen dieser Initiativen und Erfahrungen aus anderen Kommunen sollten abgewartet und beobachtet werden.

Der **Ausschussvorsitzende** erteilt der Petentin das Wort.

Die **Petentin** zeigt sich von der Stellungnahme der Verwaltung enttäuscht und erklärt, dass Männer keinen Nachteil haben, wenn Frauen einen Vorteil hätten. Sie verweise auf die Istanbulkonvention, das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Einen Beitrag könnten Frauen-Nacht-Taxis leisten. Zudem könne man der Kriminalstatistik auch entnehmen, dass Sexualstraftaten im öffentlichen Sektor einen großen Anteil einnehmen. Die Sicherheit für Frauen sei ein sehr wichtiges Thema. Die Stadt Köln habe beispielsweise nachgezogen und auch Taxigutscheine eingeführt. Sie halte dies für einen sehr guten Einstieg, um sich für die Sicherheit von Frauen einzusetzen.

Ratsfrau Mews stimmt Frau Wolf zu, dass das Bussi-System der Ruhrbahn eine gute Alternative darstelle. Zudem befürworte sie, dass die Stadt die Entwicklungen bezüglich der Frauen-Nacht-Taxis in anderen Kommunen beobachten werde, gerade auch im Hinblick auf Langzeitprognosen. **Herr Thomas** halte Bussi ebenso für ein gut ausgebautes System, das von den Bürgerinnen und Bürgern auch gut angenommen werde. So werde das Angebot an sieben Tagen in der Woche bereitgehalten, freitags und samstags sogar bis drei Uhr nachts.

Frau Rode fragt nach, wie viele Gutscheine von einer Kommune ausgegeben werden könnten. Dies sei aus finanziellen Gründen sicherlich nur sehr begrenzt möglich.

Frau Wolf teilt mit, dass hierfür ein Budget zur Verfügung gestellt werden müsse, welches endlich sei. Es könne daher auch nur eine begrenzte Anzahl von Gutscheinen ausgegeben werden.

Herr Trübenbach erklärt, dass es leider eine Tatsache sei, dass Frauen im öffentlichen Raum bedrängt werden. Daher sei es wichtig, diese zu schützen und eine Möglichkeit zu schaffen, dass sie nachts sicher und kostengünstig nach Hause kommen. Aus seiner Sicht stelle Bussi kein kostengünstiges Angebot dar. Ein Nachteil sei auch, dass man nicht direkt nach Hause gefahren werde.

Herr Wandtke erklärt, dass man mit dem Angebot der Ruhrbahn die Auswirkungen von Gewalt möglicherweise verkleinern könne. Es gebe sicherlich noch bessere Lösungen als Bussi, leider seien diese jedoch derzeit finanziell nicht durchführbar.

Ratsherr Behmenburg bedankt sich für die Eingabe dieses wichtigen Themas. Zu dem Angebot in Köln ergänzt er, dass dieses begrenzt sei, so würden hier ca. 1.500 Gutscheine ausgegeben. Man löse hier kein Problem, was Frauen dauerhaft haben. Seiner Meinung nach ändere ein Zuschuss von 5,- Euro den Fahrpreis nicht signifikant, gerade wenn es um längere Strecken im Stadtgebiet gehe. Daher halte er das Angebot der Ruhrbahn für sinnvoller, da es kostengünstiger sei. Sicherlich sei dieses Angebot zum Thema Sicherheit weiter ausbaufähig, beispielsweise im Bereich der Schulung der Fahrerinnen und Fahrer oder dem Einsatz von Notfallsystemen. Er nehme daher das Anliegen gerne mit, um das Thema weiter zu vertiefen und auch im zuständigen Fachausschuss zu beraten.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Vermüllung des Stadtteils Altenessen 1840/2024/2

Bericht erstattet: Frau Berke, Geschäftsführung

Der **Ausschussvorsitzende** erteilt dem Petenten das Wort.

Der Petent erläutert seine Eingabe und weist auf die hohen Kosten für die Beseitigung von verbotswidrig abgelegtem Müll hin, die jede Bürgerin und jeder Bürger zahle. Hierzu verweise er auf die im Ratsinformationssystem der Stadt veröffentlichte Zahlen. In Altenessen gebe es im Vergleich zu Karnap und Vogelheim beispielsweise ein vermehrtes Problem mit den Müllablagen an den Containerstandorten. Er rege daher an diese Standorte vermehrt zu überwachen.

Ratsherr Hagen bedankt sich bei dem Petenten für die Eingabe. Er selbst habe heute verschiedene Containerstandorte im Stadtteil angefahren, die oftmals durch Müll belastet seien. Viele Standorte seien bereits durch die Entsorgungsbetriebe Essen (EBE) gereinigt worden, lediglich der Standort in der Wollbeckstraße sei in einem sehr vermüllten Zustand gewesen. Hier bitte er um kurzfristige Abhilfe. Generell stelle er fest, dass die Stadt und die EBE viel unternehmen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die Stellungnahme der Verwaltung sei aus seiner Sicht nachvollziehbar. **Ratsherr Schliffke** schlägt vor, das Thema in die Bezirksvertretung V zu verweisen, um eventuell an dem Problemstandort „Wollbeckstraße“ einen Ortstermin durchzuführen. Möglicherweise komme ein Versetzen des Containers in Frage.

Ratsfrau Mews weist darauf hin, dass das Müllproblem nicht nur in Altenessen, sondern im ganzen Stadtgebiet bestehe. Leider liege die Problematik in dem Verhalten der Menschen. Sie regt an, bei der Kontrolle der Standorte am Wochenende Schwerpunkte festzulegen und diese bei Bedarf zu verstärken. Zudem bittet sie um Klärung durch die Verwaltung, ob eine Kameraüberwachung einzelner Standorte möglich sei. Dies werde in einigen Städten bereits praktiziert. Der **Ausschussvorsitzende** weist hierzu auf die Stadt Ludwigshafen hin, in der die Kameraüberwachung bereits praktiziert werde.

Der **Petent** regt zur Finanzierung verstärkter Kontrollen an, die Gebühren für die Leerung der schwarzen Tonne um 5 Cent zu erhöhen. **Herr Trübenbach** erklärt, dass die Gebühren hierfür nicht erhöht werden könnten, da nur das gefordert werden dürfe, was für die Entsorgung anfalle. Er stelle sich generell die Frage, ob alle Container im Stadtgebiet mit Sensoren ausgestattet worden seien, die den Füllstand melden. Bei vielen Standorten dauere es mitunter sehr lange bis diese geleert werden.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt einstimmig das Thema, insbesondere die Problematik an dem Standort in der Wollbeckstraße, zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretung V zu verweisen.

6. Trödelmarkt Uni Essen Alternativen 0020/2025/6

Bericht erstattet: Herr Buttler, FB 66, Amt für Straßen und Verkehr

Herr Buttler verweist auf die Vorlage und teilt mit, dass der benannte Trödelmarkt auf einem Parkplatz, der zum Universitätsgelände gehöre, stattgefunden habe. Er betont, dass die Stadt Essen selbst keine Trödelmärkte veranstalte. Die bekannten Flohmärkte würden von privaten Veranstaltern betrieben, dies jeweils auf Privatgelände. Öffentlicher Verkehrsraum werde hierfür von der Verkehrsbehörde nicht zur Verfügung gestellt. Abschließend weist er darauf hin, dass zahlreiche Händler des ehemaligen Flohmarktes an der Uni zwischenzeitlich Alternativen gefunden hätten, so beispielsweise auf dem Wochenmarkt am Ehrenzeller Platz

Der **Ausschussvorsitzende** erteilt der Petentin das Wort.

Die **Petentin** teilt mit, dass bisher noch keine Baumaßnahmen auf dem Universitätsgelände begonnen hätten. Sie bedankt sich bei der Fachverwaltung für die Stellungnahme und behalte sich vor ihre Anfrage direkt an die Universität zu stellen.

Herr Trübenbach erklärt, dass die von der Petentin vorgeschlagenen Alternativstandorte leider aufgrund ihrer Größe ungeeignet seien. Es sei zu bedauern, dass mit dem benannten Trödelmarkt eine Institution verloren gegangen sei. Er befürchte jedoch, auch für den Fall, dass ein neuer Standort gefunden werden sollte, dass viele Händler bereits Alternativen gefunden hätten und nicht mehr zurückkommen würden.

Herr Wandtke teilt mit, dass die wöchentlich stattfindenden Wochenmärkte eine gute Alternative darstellen würden. Diese hätten in der Vergangenheit oftmals durch den Weggang von Händlerinnen und Händler gelitten. Er freue sich, dass beispielsweise der Markt am Ehrenzeller Platz nun wieder Zuwachs erhalten habe. Verkehrstechnisch sei dieser auch gut zu erreichen.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Aktionsgemeinschaft Moltkeviertel 1821/2024/7
hier: Erhalt des Hauses Schinkelstr. 38

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Erweiterung und Ausbau der Firma Gebrüder Müller GmbH 1864/2024/7

Bericht erstattet: Herr Lenze, FB 61, Amt für Stadtplanung und Bauordnung

Der **Ausschussvorsitzende** erteilt der Petentin das Wort.

Die **Petentin** erläutert die Eingabe und weist darauf hin, dass sich durch den Ausbau der Firma Müller GmbH das Miteinander mit den Anwohnenden immer schwieriger gestalte. So finde das Be- und Entladen teilweise in der Nacht bzw. auch an Sonn- und Feiertagen statt. Für die Erweiterung des Firmengeländes sollen auf der angrenzenden Grünfläche mehrere Bäume gefällt werden. Ein natürlich gewachsener Lärm-, Wind- und Staubschutz würde entfallen und könne nicht wiederhergestellt werden. Zudem verliere man eine funktionierende Ausgleichskühlfläche und einen Lebensraum für viele Tierarten. Sie stelle sich die Frage, ob für dieses Vorhaben nicht Gewerbeflächen in anderen Stadtteilen genutzt werden könnten. Ersatzaufforstungen und das Herrichten einer Ersatzgrünfläche in der Nähe des Wohngebietes stellen aus ihrer Sicht keine gute Alternative dar.

Herr Lenze verweist auf die Vorlage und hebt hervor, dass man hier erst am Anfang eines Planverfahrens stehe. Entgegen anderslautender Aussagen seien noch keine Baugenehmigungen erteilt worden. Es handele sich hier um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Wenn dieses Verfahren abgeschlossen sei, könne auf Grundlage des neuen Bebauungsplanes ein Bauantrag gestellt und ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden. Im Rahmen des Verfahrens gebe es für die Bürgerinnen und Bürger mehrere Möglichkeiten sich zu beteiligen. So seien die entsprechenden Gremiensitzungen öffentlich, in denen man den Verlauf des Verfahrens verfolgen könne. Der nächste förmliche Beteiligungstermin, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, finde in der Zeit vom 24.02. bis 07.03.2025 statt. Am 04.03.2025 werde voraussichtlich die Anhörung im Rahmen einer Abendveranstaltung erfolgen. Hier könne man sich über die Planungen informieren und auch Anregungen zu Protokoll geben. Am Ende des Verfahrens werde der Rat alle im Verfahren eingegangenen Anregungen abwägen. Bezugnehmend auf die Eingabe teilt er mit, dass der Verlust der benannten Grünfläche in diesem besonderen Einzelfall bedauerlich, jedoch alternativlos sei. Es handele sich hier um eine Industriefläche, die zwischenzeitlich begrünt worden sei. Alle übergeordneten Planungen weisen diese Fläche als Gewerbe- und Industriefläche aus. Daraus können dann auch die entsprechenden Bebauungspläne entwickelt werden. Die angesprochene Kompensation sei daher wichtig und werde auch realisiert. Leider könne dies nicht vollständig eingriffsnah erfolgen. So müsse die von der Forstbehörde klassifizierte Waldfläche im Verhältnis 1:2 ausgeglichen werden. Dies könne man am Friedhof am Schildberg und am Geilinghausweg ermöglichen. Die Kompensation der Erholungsfunktion der Grünfläche werde auf dem Grundstück der Kita Armstraße erfolgen. Die angesprochene Lärm- und Feinstaubbelastung werde derzeit gutachterlich untersucht. Die Ergebnisse stehen noch aus. Abschließend teilt er mit, dass einzelne Punkte aus dem Forderungskatalog des Petenten, die in der Sache relevant seien, im Laufe des Verfahrens betrachtet werden können. Er lade alle Interessierten ein, an der angesprochenen Bürgerbeteiligung teilzunehmen.

Frau Rode fragt nach, wie alt die Wohnsiedlung sei. Möglicherweise habe man bereits beim Einzug davon ausgehen können, dass das benachbarte Gewerbegebiet ausgebaut werde.

Frau Graf bedankt sich bei der Petentin für die Ausführungen und könne die angesprochenen Bedenken nachvollziehen. Das Bebauungsplanverfahren müsse jedoch abgewartet werden. Die Interessen beider Parteien seien zu berücksichtigen und sie hoffe, dass am Ende des Verfahrens alle Beteiligten mit dem Ergebnis zufrieden sein können.

Herr Potthoff erklärt, dass es aufgrund des laufenden Bebauungsplanverfahrens schwierig sei, bereits jetzt zu agieren. Er begrüße die Aussage der Verwaltung, dass die geäußerten Bedenken mit in das Prüfverfahren aufgenommen werden. Der Ausschuss könne das Thema daher nur zur Kenntnis nehmen.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung zur Kenntnis und weist auf die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Rahmen des laufenden Verfahrens hin.

9. Verschiedenes

Ratsfrau Heuser gibt zu bedenken, dass die Eingaben zu den Tagesordnungspunkten (TOP) 7 und 8 nicht im Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses liegen. Ihrer Meinung nach dürften sie hier nicht behandelt werden. Eine Behandlung dieser Themen finde in den Fachausschüssen bzw. dem Rat statt.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, dass die Petenten grundsätzlich immer die Möglichkeit hätten, ihre Anliegen in diesem Ausschuss vorzutragen. So bestehe die Möglichkeit, aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und Meinungen und Vorschläge einzubringen. **Herr Wandtke** ergänzt, dass die Bürgerinnen und Bürger in keinem anderen Ausschuss, außer in den Bezirksvertretungen, die Gelegenheit dazu hätten ihre Themen vorzutragen. **Frau Rode** stimmt dem zu und halte es für wichtig, dass es die Möglichkeit des Vortrages gebe.

Herr Trübenbach schließt sich dem an und begrüßt, dass es diesen Ausschuss für die Bürgerinnen und Bürger gebe und dieser auch immer wieder in Anspruch genommen werde. Hier werden die Anliegen ernst genommen und beraten.

Ratsfrau Brandherm erklärt, dass es zu TOP 8 das Angebot der Bürgerbeteiligung gebe. Dieses Format müsse eventuell mehr beworben werden, damit es bei den Bürgerinnen und Bürgern noch bekannter werde. Der Ausschuss sei in diesem Fall nicht der richtige Adressat.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung um 16:33 Uhr.

gez. Ratsherr Wilhelm Maas Ausschussvorsitzender	gez. Ratsfrau Elisabeth Mews 1. stellv. Vorsitzende	gez. Ratsherr Detlef Schliffke 2. stellv. Vorsitzender

gez.
Claudia Berke
Schriftführerin